

**Gegenstand: Betreuung im Stadtbusverkehr;  
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 09.08.2011  
Vorlage: 0559/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Einleitend weist der Vorsitzende darauf hin, dass Bushelfer grundsätzlich von allen Beteiligten positiv aufgenommen werden. Allerdings sehen die Linienbetreiber derzeit keinen Bedarf zur festen Installation einer solchen Einrichtung. Freiwillige Unterstützer können als Busbegleiter eingesetzt werden, allerdings mit gültigem Fahrschein.

Am Projekt Bürgerarbeit der BA haben sich die pfälzischen Kommunen nicht beteiligt. Als Arbeitsgelegenheit nach SGB II ist eine solche Tätigkeit nicht geeignet. Zu prüfen ist noch, ob ein Einsatz über den Bundesfreiwilligendienst, die Ehrenamtsbörse *spefa* oder die Taschengeldbörse im Mehrgenerationenhaus möglich wäre.

In der mündlichen Begründung durch Dr. Montero-Muth wird ausgeführt, dass Bushelfer einerseits verhindern sollen, Senioren völlig von der urbanen Mobilität anzuschneiden. Andererseits können sie die Akzeptanz für Busverkehr steigern. Profitieren könnten davon auch Mütter mit Kinderwagen und Behinderte. Insbesondere Linien mit hohem Seniorenanteil, wie z.B. Richtung Mausbergweg, sollten zu bestimmten Zeiten einen solchen Service bieten.

Herrn Dr. Lorenz stimmt dieser Antrag persönlich traurig, weil er impliziert, dass heutzutage niemand mehr Hilfe leistet. Er schlägt vor, dieses Thema bei den nächsten Vertragsverhandlungen der Linienvergabe mit aufzunehmen; in welcher Art, wäre noch zu festzulegen. Außerdem erinnert er an den Vorschlag der Grünen zur Einrichtung von auf freiwilliger Basis organisierten Bürgerbussen in Zusammenarbeit mit den ÖPNV-Trägern. Die Thematik sollte im Sozialausschuss weiter beraten werden. Frau Münch-Weinmann schließt sich dieser Argumentation an und schlägt eine Verweisung in den Sozialausschuss vor.

Für Herrn C. Ableiter ist das ein erstrebenswertes Ziel, aber nicht unbedingt der wirtschaftlichste Ansatz. Außerdem wird der Eindruck vermittelt, dass niemand mehr helfen wollte. Er fragt nach, ob es nicht eine Verpflichtung für die Busfahrer zur Hilfeleistung gibt, zumindest außerhalb der Stoßzeiten. Nach Auskunft des Vorsitzenden bestätigen die Busunternehmen diese Verpflichtung und unterstreichen, dass die Fahrer dies auch tun würden. Herr Ableiter fordert, die Verwaltung solle sich darüber Gedanken machen, wie die BürgerInnen nochmals darauf hingewiesen werden können, dieses Recht in Anspruch zu nehmen.

Herr Hofmann weist auf den zeitlichen Faktor für die Busfahrer hin. Er berichtet über Beschwerden von Damen, dass die vorhandene Neigetechnik nicht eingesetzt wird, während die Fahrer darüber klagen, dass sie dann ihren Fahrplan nicht einhalten könnten.

Herr Knutas fährt regelmäßig mit dem Stadtbus und hat bisher immer Unterstützung erhalten, hält den Antrag für ältere Menschen aber für berechtigt. Es gibt nach seinen Erfahrungen solche und solche Fahrer.

Nach Ansicht von Frau Keller-Mehlem fühlen sich ältere Menschen oft benachteiligt. Sie erinnert an die Gedankenlosigkeit von Jüngeren, die im öffentlichen Straßenbereich oft zu beobachten ist. Ältere Menschen nehmen das ganz anders wahr. Hierzu hat sie viele Rückmeldungen aus dem Mehrgenerationenhaus. Frau Dr. Montero-Muth schließt sich dem an.

Herr Röbosch regt an, dass die Schulen Aktionen für Hilfestellungen in Zusammenarbeit mit den Mehrgenerationenhäusern starten sollten.

Herr Dr. Wintterle stellt fest, dass eine Verpflichtung offensichtlich besteht. Er äußert sich kritisch dazu, für etwas nochmals Geld ausgeben zu wollen, das man auf vertraglicher Basis ohnehin schon eingekauft hat. Die Busunternehmen sollten angehalten werden, ihre Vertragspflichten zu erfüllen. Der Antrag ist fristgerecht eingegangen, also hätte die Verwaltung das doch ausreichend prüfen können. Auch er favorisiert eine weitere Beratung im Sozialausschuss.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Jakumeit ist eine wohnortnahe medizinische Versorgung zum Erliegen gekommen, auch in Speyer. Auch hier gibt es im Wesentlichen noch zwei Zentren, die eine weitere Anreise der Patienten erforderlich machen. Hierzu äußert Herr Dr. Wintterle, wenn die Ärzte ihre Praxen an den Stadtrand verlegen, kann es kein Automatismus sein, dass die Buslinien dem folgen müssen.

Herr Dr. Jung erklärt, man hätte den Antrag nicht stellen müssen, wenn alles so einfach wäre. Auf bestimmten Strecken und zu bestimmten Zeiten ist ein solches Angebot erforderlich, um die Laufzeiten der Busse nicht unnötig zu belasten. Der Antrag zielt nicht auf einen flächendeckenden Einsatz zu allen Zeiten ab. Er will lediglich eine Prüfung mit dem VFBB; wenn ein Stadtrat da nicht zustimmen kann, wundert ihn das. Nach der Prüfung kann das Ergebnis dem Sozialausschuss vorgelegt werden.

Der Vorsitzende thematisiert die Diskrepanz zwischen dem offensichtlich erkennbaren Konsens und der nicht enden wollenden Rednerliste.

Nach Ansicht von Herrn Schütt sollte ergänzt werden, zu versuchen, auch über andere kostenfreie Möglichkeiten diese Bedürfnisse zu befriedigen. Frau Münch-Weinmann fordert, auch andere Bildungsträger mit einzubinden, nicht nur den VFBB. Dessen Nennung bezeichnet der Vorsitzende als beispielhaft.

Nach Erkenntnissen von Herrn C. Ableiter werden ABM-Maßnahmen in erheblichem Umfang vom Bund gekürzt. Nur einige Linien zu bedienen, kann schnell einen Flaschenhals nach sich ziehen, weil erfahrungsgemäß dann eine Vielzahl von Personen gleichzeitig den Service nutzen will. Er sieht daher keine Alternative, auf Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen zu bestehen.

Der Vorsitzende fasst als Ergebnis der Diskussion zusammen, dass der Prüfauftrag der CDU um das Modell Bürgerbus (Antrag Bündnis 90/Die Grünen) ergänzt werden soll. Zunächst einmal muss der Bedarf festgestellt werden. Die Mehrzahl der Fahrer verhält sich mustergültig, hinsichtlich "schwarzer Schafe" unter den Busfahrern muss auf die Einhaltung der Vertragsbedingungen gepocht werden. Das Prüfungsergebnis wird dem Sozialausschuss zugeleitet.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Kontakt mit der Arbeitsverwaltung und anderen Trägern, z.B. dem VFBB, sowie den ÖPNV-Trägern zu prüfen, ob in definierten Zeitfenstern am Vor- und Nachmittag der Einsatz von Helfern möglich ist, die hilfsbedürftige Mitbürger(innen) im Rahmen des Stadtbusverkehrs beim Ein- und Ausstieg unterstützen.

Zusätzlich ist zu prüfen, ob der Bedarf besteht, für Hilfsbedürftige über ehrenamtliches Engagement ein entsprechendes Transportangebot durch so genannte Bürgerbusse zu realisieren.



CDU Stadtratsfraktion | Kardinal-Wendel-Straße 11 | 67346 Speyer

Herrn Oberbürgermeister  
Hansjörg Eger  
Maximilianstraße 100  
67346 Speyer

CDU Stadtratsfraktion Speyer  
Vorsitzender  
Dr. Gottfried Jung  
Kardinal-Wendel-Straße 11  
67346 Speyer  
Tel. 06232-24260  
[www.cdu-speyer.de](http://www.cdu-speyer.de)

09.08.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten, folgenden **Antrag** auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu nehmen:

**Die Verwaltung wird beauftragt, im Kontakt mit der Arbeitsverwaltung beziehungsweise dem VFBB zu prüfen, ob in definierten Zeitfenstern am Vor- und Nachmittag den Einsatz von Helfern möglich ist, die hilfsbedürftige Mitbürger im Rahmen des Stadtbusverkehrs beim Ein- und Ausstieg unterstützen.**

**Begründung:**

Viele Mitbürger sind auf Grund von Behinderungen auf Hilfe beim Einstieg in die Stadtbusse oder beim Ausstieg angewiesen. Insbesondere für Senioren mit Rollator oder für Rollstuhlfahrer sind die Busse zum Teil unüberwindbare Barrieren. Dieser Personenkreis ist in solchen Fällen auf die Hilfe der Busfahrer beim Ein- und Ausstieg angewiesen. Die Realität zeigt, dass die Busfahrer durch die Vielfalt ihrer Aufgaben und die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten nicht immer in der Lage sind, solchen zusätzlichen zeitraubenden Tätigkeiten nachzukommen. Dies hat zur Konsequenz, dass die auf Hilfe angewiesenen Personen gänzlich auf die Fahrt in die Innenstadt oder zu einem anderen Ziel verzichten, was zu einer erheblichen Einschränkung der Lebensqualität durch Mobilitätsverlust führt. Unter Umständen werden auch anstelle der vorteilhaften Rollatoren nicht adäquate Gehilfen wie

Gehstöcke oder Regenschirme benutzt, was eine erhebliche Sturzgefährdung mit möglicherweise fatalen Folgen – zum Beispiel einer Oberschenkelhalsfraktur – nach sich zieht.

Hier könnte der Einsatz von Helfern im Rahmen geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse eine Lösung darstellen. Dies wäre ein Beitrag dazu, dass sich alle Generationen in Speyer gut betreut fühlen können. In Speyer-West wäre es ein Beitrag zum Projekt „Soziale Stadt“. Nach unserer Kenntnis wirkt der VFBB im Rahmen des Bundesprojekts „Bürgerarbeit“ mit. Die benötigten Helfer könnten unter Umständen als „Bürgerarbeiter“ – dann sogar im Rahmen eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrags mit der GABIS – eingesetzt werden. Dies sollte als eine Möglichkeit geprüft werden. Als Alternative wäre zu prüfen, ob über den neuen Bundesfreiwilligendienst ältere Personen als Helfer gewonnen werden können.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gottfried Jung', with a stylized flourish at the end.

Dr. Gottfried Jung  
Fraktionsvorsitzender

eingegangen per E-Mail